

StOAR Idel stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die wesentlichen Inhalte der Sitzungsvorlage zum Haushalt vor.

RM Bruns teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt in Gänze nicht zustimmen wird. Richtig ist, dass einige dort enthaltene Maßnahmen erforderlich sind und befürwortet werden. Es sind jedoch nicht alle relevanten Maßnahmen enthalten, sodass keine vollständige Transparenz erfolgt. Weiterhin ist der Haushalt trotz der derzeit niedrigen Zinsen geradeso ausgeglichen.

RM Eggerichs berichtet, dass man sich für den Haushalt ausspricht. Die dort enthaltenen Maßnahmen – wie beispielsweise die Erweiterung des Gewerbegebietes Branterei oder des Schulstandortes Glarum – sind erforderlich. Insbesondere sind mit einigen Maßnahmen künftig auch Einnahmen verbunden.

RM Ottens merkt an, dass sich der Haushalt nicht rosig darstellt. Die Maßnahme Freizeitbad war politisch mehrheitlich so gewollt. Das wird man nun hinnehmen müssen. Der Ergebnishaushalt wird insgesamt kritisch gesehen. Dem Haushalt wird man jedoch zustimmen, wenn der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus TOP 8.1 auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln für eine Begutachtung der Verwaltungsprozesse Zustimmung findet.

BM Böhling informiert über eine Klausurtagung im Sommer 2016 bei der sämtliche künftigen Maßnahmen besprochen und in eine Aufstellung aufgenommen wurden. Diese Aufstellung beinhaltet beispielsweise auch die Maßnahme Bürgerhaus mit über 1 Mio. €. Die dort angegebenen Maßnahmen finden sich vollständig in der derzeitigen Finanzplanung bis zum Jahr 2020 wieder.

RM Bruns gibt zu bedenken, dass die Hälfte der geplanten Verkaufserlöse aus den Spielplatzflächen in Höhe von 100.000 € nicht im Haushalt enthalten sind und für Attraktivitätssteigerungsmaßnahmen eingestellt wurden.

BM Böhling teilt mit, dass es sich um einen Beschluss aus dem VA handelt und dieser umgesetzt wird. Die geplanten Zahlungen werden im Haushalt auf der Ein- und Auszahlungsseite ordentlich veranschlagt.

RM Just berichtet, dass man dem Haushalt nicht zustimmen wird. Es muss bei den freiwilligen Leistungen gespart werden. Das Familienzentrum hat einen Zuschussbedarf von etwa 700.000 €, welcher in keinem Verhältnis zu den Nutzungen anderer Einrichtungen steht. RM Just spricht sich für die Erarbeitung eines Konzeptes aus, wonach der Zuschussbedarf für das Familienzentrum um 100.000 € gesenkt werden kann und stellt einen entsprechenden Antrag. Zudem wird man dem Antrag aus TOP 8.1 € nicht zustimmen, da dieser zumindest ergebnisoffen formuliert sein sollte.

RM Ottens gibt zu bedenken, dass das Familienzentrum eine ganz bestimmte Aufgabe verfolgt, sodass man die dortige Nutzung nicht in Relation zu anderen Einrichtungen setzen kann.

RM Riemer merkt an, dass das Familienzentrum gut frequentiert wird und stimmt RM Ottens in diesem Punkt zu.

RM Just ergänzt, dass die Erledigung dieser Aufgabe mit weniger Aufwand möglich ist. Vergleichbare Kommunen kommen mit einem Zuschussbedarf von etwa 200.000 € hin.

BM Böhling gibt zu bedenken, dass über die Konzeption des Familienzentrums in der vergangenen Ratsperiode mehrfach gesprochen wurde und die Konzeption dort Zustimmung gefunden hat.

RM Eggerichs informiert, dass ein Haushalt dann Zustimmung finden sollte, wenn dieser solide für die Bürgerinnen und Bürger aufgestellt wird.

Nachfragen von dem Bürger Ostendorf zu den freiwilligen Leistungen, zu den hälftig eingeplanten Erträgen für das Freizeitbad ab 2018 sowie den Personalkostensteigerungen bei den sonstigen sozialen Angelegenheiten werden von BM Böhling und StOAR Idel beantwortet.

Um einen möglichen Haushaltsausgleich nicht zu gefährden spricht RM Ottens einen möglichen Kompromiss an. Demnach wird der eigene Antrag aus TOP 8.1 dahingehend modifiziert, dass ab 2017 über zwei Jahre jeweils 40.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Auf Antrag von RM Eggerichs wird die Sitzung einvernehmlich für ein paar Minuten unterbrochen. Anschließend teilt RM Eggerichs mit, dass man dem angesprochenen Kompromiss und somit dem modifizierten Antrag über zwei Jahre zustimmen wird.

RM Herckelrath teilt mit, dass man sich intensiv mit dem Haushalt und den dortigen Beschreibungen befasst hat. Demnach bestehen teilweise einige Über- sowie auch einige Unterlastungen. Eine Untersuchung durch ein externes Gremium kann in dieser Angelegenheit Klarheit bringen, sodass ggf. auch die Personaldiskussion für einige Jahre aufhört.

BM Böhling erläutert, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut ausgelastet sind. Hierbei gibt es auch Spitzen, bei den mal etwas mehr und mal etwas weniger zu tun ist.

Im weiteren Verlauf wird der Antrag von RM Just, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, für den Haushalt 2018 Einsparungen für das Familienzentrum in Höhe von 100.000 € zu ermitteln, bei einer Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

